

Christoph Ahlhaus, Vorsitzender Bundesgeschäftsführung BVMW. Der Mittelstand | BVMW

Klare Kante gegen Rechts

19. Januar 2024

Die Recherchen des Netzwerks Correctiv über ein Geheimtreffen von AfD-Politikern, Neonazis und Unternehmern in Potsdam im November 2023 sorgen für Empörung und Aufruhr - sowohl in politischen Kreisen als auch bei den BürgerInnen. Bei dem Treffen sollen die Teilnehmer die Vertreibung von Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus Deutschland besprochen haben.

Aus aktuellem Anlass erklärt Christoph Ahlhaus, Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung des BVMW: "Mit zunehmender Sorge beobachten wir die fortschreitende Radikalisierung in Politik und Gesellschaft unseres Landes. Wer unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Frage stellt, muss mit dem entschiedenen Widerstand des unternehmerischen Mittelstandes rechnen. Unser Verband versteht sich als entschlossener Verteidiger der mittelständischen Struktur der deutschen Wirtschaft. Ihr über Generationen nachhaltiger Erfolg basiert auf Vielfalt in unterschiedlichster Hinsicht und ist Garant für Wohlstand, sozialen Frieden und damit einer starken und wehrhaften

Demokratie in unserem Land. Wer Demokratie und Meinungsfreiheit in Frage stellt, greift den deutschen Mittelstand an. Das lassen wir nicht zu. Im BVMW ist kein Platz für Feinde unserer Verfassung und unseres Rechtsstaats und zwar unabhängig, ob von links, von rechts oder sonst woher. Ihnen gilt es, wo immer sie sich zeigen, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegenzutreten. Dies heißt aber auch, dass wir uns weder einschüchtern noch verbieten lassen, lautstark für die Interessen unserer mittelständischen Wirtschaft einzutreten, auch wenn Trittbrettfahrer und Extremisten versuchen, die Ausübung unserer Grundrechte zu diskreditieren. Wir zeigen Haltung, denn es ist typisch mittelständisch, sich gerade dann kraftvoll zu engagieren, wenn sich andere bequem wegducken. Genau das werden wir tun. In Verantwortung für unsere Gesellschaft, Im Interesse des deutschen Mittelstands und für unsere Demokratie!" (red)